

BLICKPUNKT

NACHRICHTEN AUS SCHLANGEN - AUSGABE SOMMER 2023

Auf vielfältige Art in Lippe von A nach B.

Fahrrad, Bus & Bahn oder MonoCab. Die SPD-Fraktion im Kreis Lippe setzt auf die „multimodale Mobilität“.
– Mehr auf Seite 3



Nachtschicht für Abgeordnete

Wie ist es in der Nacht zu arbeiten? Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer berichten. – Mehr auf Seite 2

Neue Chance für einen Nationalpark Egge?

Die Landesregierung will einen zweiten Nationalpark. Die Egge steht als mögliche Fläche zur Diskussion. Die Regierung entscheidet. – Mehr auf Seite 4

Ehrung für Reinhard Schöppenthau



Er trat 1957 in die SPD ein. Von 1974 bis 1980 war er 1. Vorsitzender des OV-Schlangen und als sachkundiger Bürger Mitglied der SPD-Ratsfraktion.

Wegen berufsbedingter häufiger Abwesenheit musste er diese Funktionen aufgeben. Erste Arbeitsstelle in der Möbelfabrik Stammshroer in Bad Lippspringe. Dort engagierte er sich für die Einrichtung des Betriebsrats.

Der weitere Berufsweg führte ihn über die Arbeit im Baugewerbe, dem Einsatz im Kohlebergbau des Ruhrgebiets schließlich zu der Firma Henschel in Kassel.

Den Kontakt zum Ortsverein hat er aber gehalten. Auch wenn er in der Beweglichkeit inzwischen etwas eingeschränkt ist, verfolgt er das politische Geschehen doch immer noch ganz intensiv.

Neubau des Anglerheims am Ochensee

Den Wanderern wird beim Gang an den Ochensee auffallen, dass dort einiges passiert ist. Das alte Gebäude des Anglervereins wurde abgerissen. Beim Neubau wurde inzwischen Richtfest gefeiert. Das alte Gebäude stand auf „schwankendem“ Boden, dieser hatte sich im hinteren Teil abgesenkt, so dass im Gebäude große Risse im Mauerwerk sichtbar waren. Der Verein hatte deshalb einen Förderantrag gestellt, der dann auch genehmigt wurde. So konnte das alte Haus abgerissen werden und ein Neubau wurde möglich. Dieser steht jetzt nicht mehr auf der gleichen Fläche, sondern rund 8 m davor. Bodengutachten haben die genaue Position ermittelt. So wird das neue Heim auf sicherem Grund stehen. Die Gemeinde hatte einen Zuschuss beschlossen, so dass einer Fertigstellung im November 23 nichts mehr im Wege steht.

Unsere Ortsmitte in der Zukunft

Die Ortsmitte ist die „Seele“ unserer Gemeinde. Veränderungen stehen an. Wichtig, es muss ein gutes Gesamtkonzept geben.



Im August 1904 gab es in Ortszentrum von Schlangen einen Großbrand, von der Mitte des Dorfes bis ins Bauernviertel. Mindestens 80 Häuser und Gehöfte fielen den Flammen zum Opfer. In den folgenden Jahren begann ein Wiederaufbau, der das Gesicht der Ortsmitte neu prägte. Vieles hat sich geändert, so wurde ein bedeutsames Gebäude des Schlänger Ortszentrums – der Gasthof Poppe-Sibille (siehe Foto) – 2014 abgerissen. Leider.

Es wäre für unser Dorf positiv gewesen, wenn die Gaststätte mit dem Saal hätte erhalten werden können. Ende des letzten Jahres konnte man in Schlangen immer öfter hören, dass der Gasthof Sibille-Ostmann zum Jahresende 2023 schließen werde. Die Besitzerin wird in Pension gehen. Normal und verständlich. Weiterhin war zu hören, der Gasthof solle dann auch verkauft werden. Eine nachvollziehbare Angelegenheit, gleichwohl, uns kam sofort die Überlegung, dass hier Verwaltung und Politik nicht untätig an der Seite stehen sollten. Als seinerzeit der Verkauf des Gasthofs Poppe-Sibille anstand, unterlag Schlangen der Haushaltssicherung und so waren finanziell der Kommune die Hände gebunden. Richtig, finanziell ist die Kommune aktuell auch nicht auf Rosen gebettet. Aber, wir haben umgehend mit dem Bürgermeister Kontakt aufgenommen. Warum? Wir möchten gerne, dass der Verkauf, und damit die dörfliche Gestaltung in unserer Ortsmitte so geschehen, wie es im Interesse unserer Gemeinde ist. Gemeint ist damit, wir wollen nicht, dass „irgend-

ein“ Investor das Objekt erwirbt, abreißt und dann etwas baut, was vielleicht dem Investor gefällt, was aber nicht in unseren Ortskern passt. Diese Überlegung ist im Rathaus und in der Politik auf eine sehr breite Unterstützung gestoßen. Um aber hier den berühmten „Fuß in die Türe“ zu bekommen, musste zunächst eine Satzung im Rat beschlossen werden.

„Satzung der Gemeinde Schlangen über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung im Bereich der Ortsmitte - Vorkaufsrechtssatzung in Teilbereichen der Bebauungspläne Nr. S 3 und S 9 vom 23.02.2023“

So der sperrige Titel der Satzung, die dann auch im Februar 2023 verabschiedet wurde. Mit 20 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme, bei einer Enthaltung wurde der Beschluss gefasst.

Zunächst wurde diese Satzung im Haupt- und Finanzausschuss diskutiert. Die Verwaltung führte aus, dass es Ziel dieser Satzung sei, das Ortsbild durch städtebauliche Maßnahmen zu erhalten. Die Satzung dient dazu, dass die Gemeinde bei Weiterveräußerung von Immobilien ein Vorkaufsrecht erhält. Es bestünde ein öffentliches Interesse daran. Die Satzung hat hauptsächlich die Straße „Ortsmitte“ im Blick. Betroffen seien aber auch zum Teil die Straßen „Im Dorfe“, die Kohlstädter und die Detmolder Straße. Damit die Gemeinde Schlangen in einen Kaufvertrag eintreten kann, benötigt sie diese Satzung.

Das durch eine Satzung begründete Vorkaufsrecht ist ein Instrument der Kommune zur Sicherung der städtebaulichen Entwicklung. Somit hat die Verwaltung die Möglichkeit Grundstücke zu erwerben, die sie zur Realisierung ihrer Planungen ermöglicht. So heißt es in § 1 der Satzung, zweiter Absatz:

„Das Ziel der Vorkaufsrechtssatzung besteht darin, über den gemeindlichen Grunderwerb die Realisierung der beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen zu sichern, zu erleichtern und zu beschleunigen. Eine Weiterveräußerung von Grundstücken an Dritte ohne den Zugriff der Gemeinde Schlangen über ein Vorkaufsrecht würde das Erreichen der angestrebten Entwicklungsziele erschweren und/oder verzögern.“

Es ist für uns klar, dass es auch darum geht, dies mit den Beteiligten in einem guten und fairen Verfahren zu regeln. Bekanntermaßen steht das Grundstück des ehemaligen Gasthofes Koch, vor einer Bebauung. Aber, es macht Sinn, dass es hier zu einer Planung kommt, die alle weiteren Planungen in der Ortsmitte in Gänze umfasst. Ziel sollte es sein, dass sich entsprechende Planungen gut ergänzen. Der Bebauungsplan für die Ortsmitte sieht vor, dass in den Gebäuden, in Parterre, Flächen für z. B. Geschäfte oder Gaststätten vorzuzulassen sind. Wir regen an, die Bürgerschaft in entsprechende Überlegungen mit einzubeziehen. Ein Architektenwettbewerb wäre eine weitere Option. (Foto: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/34/Gasthof_Heinrich_Poppe.jpg)

Turngarten der GS/ OGS-Schlangen

Die OGS der Grundschule Schlangen wird gut besucht, mit weiteren Steigerungen ist zu rechnen. Die Außenflächen müssen entsprechend ausgestattet sein, um der hohen Nutzung gerecht zu werden

Ab dem 1.8.2026 wird die OGS eine gesetzliche Verpflichtung. Dazu müssen überall die Voraussetzungen geschaffen werden. Die Planungen für die Grundschule in Oesterholz-Haustenbeck sind auf den Weg gebracht worden. Die OGS der Grundschule Schlangen gibt es seit vielen Jahren, die Räumlichkeiten sind auskömmlich. Auch die Außenflächen für die Freizeit müssen vorhanden sein, in Schlangen gibt es diese Flächen, die allerdings unter der hohen Belastung „leiden“. Der Rasen im Bereich des Turngartens ist aufgrund der starken Nutzung verschwunden. So bleibt ein staubige Sandfläche im Sommer, oder eine Matschfläche, wenn es geregnet hat. Nicht optimal. Der sehr engagierte Förderverein der Grund-

schule ist dabei, in Absprache mit allen Beteiligten ein Konzept zu entwickeln, wie diese Fläche so umgestaltet werden kann, so dass die beschriebenen Probleme beseitigt werden. Weitere Überlegungen gibt es, den angrenzenden Wald ein Stück weit für die Kinder nutzbar zu machen, Stichwort: Klettergarten. Selbstverständlich ohne Eingriff in die ökologische Funktion des Waldes. Die Planungen des Fördervereins unterstützen wir voll und ganz. Im Ausschuss für Soziales und Gesellschaft haben wir einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Dieser wurde am 1.6.23 empfohlen. So kann der Förderverein seine Planungen vorantreiben und hat die notwendige Unterstützung von Rat und Verwaltung.



Willkommen im Heinz-Wiemann-Weg

Viele Jahre hat es gedauert, bis sich die verschiedenen Eigentümer der Grundstücke zwischen Tennisplatz und Lindenstraße geeinigt hatten. Wie von Rat und Verwaltung lange gewünscht, hat ein Investor hier ein attraktives Neubaugebiet entwickelt. Die Straße wird auf Vorschlag der Schlänger SPD den Namen Heinz-Wiemann-Weg tragen. Ein Name, der von CDU und SPD gemeinsam im Rat bestätigt wurde. Die Gemeinde ehrt damit den Menschen, dem es zu verdanken ist, dass Schlangen eine beispielhafte, mehrbändige Ortschronik besitzt. Die Bautätigkeit ist bereits aufgenommen. Wir wollen an dieser Stelle ganz, ganz ausdrücklich die neuen Bürgerinnen und Bürger begrü-

ßen und willkommen heißen. Der Bebauungsplan ist vom Rat mit der Verwaltung und dem Investor intensiv beraten worden und mit großer Mehrheit verabschiedet worden. Leider ist dieser Plan von einer Familie beklagt worden. In der kompletten Verfahrensakte lassen sich minimalistischste Fehler offensichtlich finden. Inhaltlich, und darauf kommt es letztendlich drauf an, ist der Plan in Ordnung. Ja, der Rat wird diese formalen Aspekte in Ordnung bringen. Wer bereits eine Baugenehmigung hat, muss sich keine Sorgen machen. Dass nun alles etwas länger dauert als erhofft, ist halt jemandem zu verdanken, dem offensichtlich das Gemeinwohl wenig interessiert.



Deutschland Niedrigsteuerland?

Deutschland braucht eine effektive und progressive Erbschaftssteuer

Deutschland Niedrigsteuerland? Stimmt, aber nur wenn Du ein großes Vermögen hast und viel erbst. Das finde ich ungerecht. Es wird Zeit für #FairErben! Die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion hat deswegen die Erbschaftssteueruhr der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Bundestag geholt. Seit 2009 sind dem Deutschen Staat über 76 Milliarden Euro Erbschaftssteuereinnahmen verloren gegangen.

Durch umfangreiche Steuerprivilegien und Gestaltungsmöglichkeiten für Betriebsvermögen werden regelmäßig Milliardensummen steuerfrei weitergegeben. Demgegenüber

sind die Steuern und Sozialabgaben auf das Erwerbseinkommen für die Bürger:innen mit niedrigen und mittleren Einkommen zu hoch. Das ist gerade in Zeiten von Preissteigerungen ungerecht.

Unser Ziel ist: Die Bürger zu entlasten und Vermögensaufbau zu ermöglichen - hohe Erbschaften und Vermögen angemessen besteuern.

Deutschland braucht deshalb eine effektive und progressive Erbschaftssteuer, um endlich eine angemessene Mindestbesteuerung der Betriebsvermögen sicherzustellen. So können wir auch die breite Mehrheit der Bevölkerung stärker entlasten.

Nachtschicht für die SPD-Landtagsabgeordneten

Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer von der SPD haben großen Respekt vor den Menschen, die Nacht für Nacht ihre wichtige Arbeit verrichten während andere schlafen.

Wie ist es, in der Nacht zu arbeiten? Politiker und Politikerinnen der NRW-SPD haben das zum „Tag der Nachtarbeit“ selbst ausprobiert. Damit wollen sie den gesellschaftlichen Wert der Nachtarbeit sichtbar machen und würdigen. Auch die drei lipplischen Landtagsabgeordneten der SPD, Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer, schlüpfen für eine Nacht in die Rollen einer Rettungssanitäterin, eines Altenpflegers und eines Ordnungsdienstmitarbeiters.

„Eine ruhige Nacht!“, wie die Tagschicht noch wünschte, erlebte Ellen Stock auf der Rettungswache in Schötmar nicht. Vom schweren Verkehrsunfall, schweren Kopfverletzungen bis hin zu Notfällen in Seniorenheimen war in dieser Nacht alles dabei. Stock war von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen beeindruckt: „Sie waren immer sehr professionell und ruhig und haben sich in allen Situationen an den vorgesehenen Plan gehalten. Die Patienten wurden zunächst gründlich untersucht,

um dann die notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Und immer gab es verständnisvolle und beruhigende Wort für die Notfallpatienten.“

So ging es eine ganze Nacht, von Einsatz zu Einsatz, bis dann um 7 Uhr morgens die Tagschicht übernahm.

Alexander Baer durfte eine Nachtschicht im Evangelischen Altenzentrum am Schloss in Brake/Lemgo begleiten. Berührt habe Alexander Baer im Pflegeheim, wie nahe man bei der Tätigkeit der Pflegenden den Bewohnern komme – nicht nur körperlich. Für viele sind die Beschäftigten in den Heimen auch wichtige soziale Kontakte in ihrem letzten Lebensabschnitt. Ein Problem sieht Baer bei den vielen Verwaltungsaufgaben: „Mir ist aufgefallen, dass enorm viel Zeit durch behördliche Auflagen und das Protokollieren verloren geht und somit weniger Zeit für die wesentliche Arbeit am und mit den Menschen übrig bleibt.“ Durch die vielfältigen Aufgaben absolvieren die Pflegerinnen und Pfleger ein enormes

Pensum: „Bereits um 02:00 Uhr morgens hatte ich mein Tages-Schrittziel erreicht. Ohne einen wirklich starken Kaffee hätte ich das nicht geschafft“, so Baer.

Kontrolle von öffentlichen Plätzen und Straßen, Ahndung von Ruhestörungen, aber auch die freundliche Ansprache von Nachtschwärmern: Dennis Maelzer war mit dem Detmolder Ordnungsdienst unterwegs und erlebte die vielfältigen Aufgaben. Unter anderem erlebte der SPD-Politiker wie Polizei und Ordnungsdienst als Schlichter bei einem 16. Geburtstag fungierten. Einige minderjährige Teilnehmerinnen hatten harten Alkohol getrunken und es kam zum Streit. Noch in der Nacht erhielt auch das Jugendamt eine Meldung. Stress und Schichtdienst erschweren die Arbeit, halten die Beschäftigten aber nicht davon ab, ihre Aufgaben Tag wie Nacht motiviert und gewissenhaft zu erledigen. Sie wünschen sich allerdings stellenweise eine höhere öffentliche Wertschätzung. Nach seiner Nachtschicht kann Maelzer dies sehr gut nachvoll-

ziehen: „Die Arbeit des kommunalen Ordnungsdienstes ist sehr anspruchsvoll und ich habe große Hochachtung vor dem, was hier geleistet wird. Diesen Respekt wünschen die Mitarbeitenden auch von der Bevölkerung. Erstaunt war ich, dass dem KOD viele Nachtschwärmer bereits namentlich bekannt sind. Auch das kann den Umgang erleichtern“, so Maelzer.

Alle drei sind sich einig: „Den Menschen, die für unsere funktionierende Gesellschaft Nacht für Nacht arbeiten, gebührt Anerkennung und Wertschätzung. Aus unseren Erfahrungen nehmen wir natürlich auch Hausaufgaben nach Düsseldorf mit.“

Nach der Nachtschicht ist das Abschalten gar nicht so einfach, wie Ellen Stock berichtet: „Ich bin unverzüglich nach Hause gefahren und konnte trotz aller Müdigkeit nicht einschlafen – zu viele Gedanken schwirrten in meinem Kopf, zu viele Eindrücke mussten verarbeitet werden“



Neue Fraktionsspitze

Die SPD-Kreistagsfraktion wählt Ilka Kottmann zur Vorsitzenden

Seit März hat die SPD-Fraktion im Kreistag mit Ilka Kottmann eine neue Vorsitzende. Der bisherige Vorsitzende Henning Welslau hatte die Fraktion darum gebeten, die zur Hälfte der Legislaturperiode vorgesehenen Wahlen vorzuziehen, da er aus beruflichen und privaten Gründen sein Zeitbudget für die Politik einschränken möchte.

Die Fraktion bedankt sich bei Henning Welslau für sein großes Engagement.

Ilka Kottmann war zuvor stellvertretende Vorsitzende. Auch

Annette Lewicki bleibt im Vorstand, sie wurde als Stellvertreterin in ihrem Amt bestätigt. Beide möchten die gute Zusammenarbeit des Vorstandes weiterführen und auf das Engagement von Henning Welslau aufbauen. Der Leopoldshöher Thomas Jahn rückt als stellvertretender Vorsitzender neu auf in die Spitze seiner Fraktion. Er engagiert sich bereits seit 2012 in der Kommunalpolitik und ist Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss für Mobilität, Bauen, Planung und Betriebsausschuss.

Keine Entlastung für Familien

Dennis Maelzer (SPD) ist enttäuscht: Landesregierung möchte Essenspreise nicht senken und auch ein Kita-Rettungspaket lehnt Schwarz-Grün ab

Die Inflation ist nach wie vor hoch. Haupttreiber sind neben den Energiepreisen vor allem die Lebensmittelkosten. Das wirkt sich auf Essenspreise an Kitas und Schulen aus. Diese sind teilweise um 20 Prozent und mehr gestiegen. Eltern, die angesichts der explodierenden Kosten auf eine rasche Entlastung durch die Landesregierung gehofft hatten, werden enttäuscht. Frühestens

in drei Jahren könnte es erste Schritte geben. Das ergab eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Dennis Maelzer.

„Schwarz-Grün simuliert Handeln statt Familien zu entlasten“, empört sich Maelzer. Die regierungstragenden Fraktionen von CDU und Grünen hatten eine Prüfung für eine schrittweise Senkung der Essenbeiträge beantragt. „Das Ergeb-

nis steht nun fest. Die Landesregierung erklärt sich für nicht zuständig und verweist auf die Autonomie der Träger. Das ist ein schlechter Scherz“, kritisiert der Familienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, denn die Träger seien ebenso von den steigenden Kosten betroffen und gezwungen diese an die Eltern weiterzureichen.

Geprüft werde, das Thema Essensbeiträge im Rahmen der Kibiz-Revision anzugehen. Ein Überarbeitung des Kindergartengesetzes ist aber erst für Sommer 2026 geplant und damit keine Hilfe in der aktuellen Inflationskrise.

Auch die dringend notwendigen weiteren Reformschritte im Kita-System sollen auf diesen Zeitpunkt verschoben werden, obwohl die freien Träger kürzlich einen Notruf starteten. „Wenn Ministerin Paul eine wie

auch immer geartete Reform für 2026 ankündigt, ist das für viele Träger so weit weg wie der Sankt Nimmerleinstag. Ohne sofortiges Eingreifen wird das System kollabieren“, so Maelzer dazu. Mit der SPD-Fraktion im Landtag forderte er in einem Antrag unter anderem ein Kita-Rettungspaket von 500 Millionen Euro und Entlastung von Fachkräften durch Bürokräfte und Alltagshelferinnen. Den Antrag lehnte Schwarz-Grün ab.

Maelzer findet: „Die Landesregierung muss Verantwortung übernehmen und Familien entlasten. Eine schrittweise Kostenübernahme des Mittagessens in Schulen und Kitas wäre das richtige Zeichen. Ebenso brauchen die Kitas dringend eine Überbrückungshilfe und langfristige Entlastung. Dazu haben wir gute Vorschläge gemacht.“

Für die Menschen was Gutes erreicht

Katrin Freiberger und Lasse Huxoll ziehen Bilanz aus über einem Jahr Bundesregie

Seit 18 Monaten ist die neue Bundesregierung im Amt. Die Opposition nörgelt. Aber das ist ja auch ihre Aufgabe. Wir wollten von den beiden SPD-Spitzen in Lippe erfahren, wie sie die Arbeit der Bundesregierung bewerten. Katrin Freiberger: „Wir haben den Mindestlohn auf 12 Euro angehoben, was für viele Beschäftigten eine Lohnerhöhung von 20 Prozent bedeutet. Vom Mindestlohn profitieren vor allem Frauen. Wir befinden uns auf einem guten Weg und für 2024 soll es noch mal eine deutliche Erhöhung geben.“

Nach dem Energiepreisschock durch den Angriffskrieg der Russen, hat die Bundesregierung insgesamt 295 Mrd. Euro zur Entlastung für Haushalte, Autofahrer und Unternehmen bereitgestellt. Aktuell gibt es immer noch die Energiepreisbremse,

die die Bürger weiterhin vor zu hohen finanziellen Belastungen schützen soll.“

Lasse Huxoll: „Seit dem 1. Januar gibt es das Bürgergeld, was eine riesige Reform ist und damit Hartz IV abgelöst hat. Wichtig ist für uns in Lippe aber auch die Reform des Wohngeldes. Die Leistungen sind für alle gestiegen und in Lippe können etwa 3.000 Menschen mehr Wohngeld beantragen. Auch bedürftige Eigenheimbesitzer können davon profitieren. Wichtig war für uns auch die Bezahlbarkeit der Mobilität. Daher haben wir für das Deutschlandticket gekämpft. Es wirkt auch für Berufspendler in Lippe. Bis zu 1.000 Euro beträgt die Entlastung in einem Jahr. Damit fördern wir die Verkehrswende und entlasten die arbeitenden Menschen.“



Nachwuchssorgen in Apotheken

Landtagsabgeordnete Ellen Stock (SPD) tauscht sich mit Apotheker Dr. Lars Ruwisch über aktuelle Herausforderungen für Apotheken in Lippe aus

Lieferprobleme, steigende Bürokratie und Nachwuchsmangel: Viele Themen stehen auf der Liste der Probleme, mit denen Apotheken zu kämpfen haben. Ellen Stock traf sich mit dem Lagenser Apotheker Dr. Lars Ruwisch, der Vorstandsmitglied in der Apothekerkammer Westfalen-Lippe ist.

Engpässe bei verschiedenen Medikamenten sind in den vergangenen Monaten an verschiedenen Stellen deutlich geworden. Dr. Ruwisch sagt: „Auszubaden haben das die Bürgerinnen und Bürger und die Apothekerinnen und Apotheker – die teils immense Kraftanstrengungen unternehmen, um doch irgendwo das benötigte Medikament herzubekommen.“ Ellen Stock findet: „Wir müssen die Voraussetzungen und Anreize dafür

schaffen, damit sich Hersteller breiter aufstellen und beispielsweise nicht nur von Lieferanten aus Fernost abhängig sind.“

Einen steigenden bürokratischen Aufwand beklagt Dr. Ruwisch bei der Abrechnung von Rezepten: „Passen Angaben nicht genau, schauen die Apothekerinnen und Apotheker in die Röhre und bekommen kein Geld – auch wenn es nicht ihr Fehler war.“

Ellen Stock bedauert, dass es immer weniger Apotheken gibt: „In den vergangenen zehn Jahren haben mehr als ein Viertel der Apotheken in meinem Wahlkreis (Bad Salzuflen, Lage, Leopoldshöhe und Oerlinghausen) dicht gemacht. Dieses Apothekensterben darf nicht so weitergehen. Ein gutes Apotheken-Netz ist für unsere medizinische

Versorgung immens wichtig.“

Auch die Apotheken bekommen den Nachwuchsmangel zu spüren. Deshalb bemüht sich Dr. Ruwisch mit der Apothekerkammer, einen Pharmazie-Studiengang nach OWL zu bekommen. Den einzigen in Westfalen-Lippe gibt es derzeit in Münster. In OWL könnte ein Studiengang an der Uni Bielefeld implementiert werden. Der neue Studiengang soll in Verbindung mit der TH OWL in Lemgo entstehen, wo es bereits einen Studiengang für pharmazeutische Technologie gibt. Von einem Studiengang in OWL erhofft sich Dr. Ruwisch einen „Klebeffekt“ und einen Schub für die Nachwuchsgewinnung seiner Zunft.



„Besserer Kinderschutz nötig!“

Alexander Baer sieht große Versäumnisse bei Ermittlungen im Missbrauchskomplex von Lügde und fordert Aufklärung



Eine wichtige Aufgabe haben die Abgeordneten, die wie Alexander Baer im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Fall des vielfachen sexualisierten Kindesmissbrauchs auf einem Campingplatz in Lügde sitzen. Hier wird das Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung sowie der Behörden und Jugendämter untersucht. Dabei kritisiert Alexander Baer: „Wir sehen, dass die Ermittler sich sehr stark auf die beiden Haupttäter konzentriert haben, die inzwischen verurteilt sind. Das ist ein Erfolg, aber es gibt viele Hinweise auf weitere mögliche Täter, denen die Ermittler

unserer Ansicht nach nicht entschieden genug nachgegangen sind. Es liegt der Verdacht nahe, dass es ein regelrechtes Täternetzwerk gab.“ „Die von uns bisher befragten Zeuginnen und Zeugen der Besonderen Aufbauorganisation, die die Ermittlungen 2019 von der lippischen Polizei übernahm, konnten noch nicht schlüssig erklären, ob und wie konsequent gegen weitere Tatverdächtige ermittelt wurde.“ Über den Fall Lügde hinaus sieht Baer dringenden Bedarf zu Nachbesserungen beim Kinderschutz: „Aus den Antworten der Landesregierung auf unsere Große Anfrage geht hervor, dass

das Land keinen Durchgriff hat: Jedes Jugendamt interpretiert seine gesetzliche Aufgabe selbst, hier braucht NRW eine übergreifende Fachaufsicht. Die Landesregierung weiß außerdem nicht, ob und wie das Kinderschutzgesetz von 2022 umgesetzt wird. Wir fordern als SPD-Landtagsfraktion, dass diese Themen umgehend angegangen werden.“

Wenn Sie sich Sorgen um ein Kind machen oder für sich selbst Unterstützung suchen, finden Sie unter www.hilfe-portal-missbrauch.de vertrauliche und professionelle Hilfe.

Seit Mai ist das Deutschland-Ticket gültig

Seit dem 1. Mai kann das Ticket genutzt werden. Und das für 49 Euro! Die Einführung des Deutschland-Tickets entlastet Pendler:innen finanziell und trägt zum Klimaschutz bei.

Bereits Anfang September 2022 hat die SPD-Bundestagsfraktion die Rahmenbedingungen für ein solches Ticket formuliert und konnte diese nun erfolgreich mit dem jetzt vorliegenden Gesetz umsetzen. Mit dem Deutschlandticket gibt es künftig ein bundesweit gültiges ÖPNV-Ticket zum Einführungspreis von 49 Euro monatlich, so haben es Bund und Länder Ende 2022 vereinbart. Der Bundestag hat im März 2023 das Regionalisierungsgesetz geändert und damit den Weg für das Deutschlandticket frei gemacht. Das 49-Euro-Ticket kann im monatlich kündbaren Abo gekauft werden.

Damit können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr deutschlandweit genutzt werden. Ziel des Deutschlandtickets ist, den ÖPNV attraktiver zu machen und besonders Pendler:innen finanziell zu entlasten. Zugleich leistet es einen großen Beitrag für mehr klimafreundliche Mobilität. Allein im ersten Verkaufsmonat wurden bereits 10 Millionen Tickets verkauft, wovon 700.000 Neukunden dabei

waren, die vorher nicht mit der Bahn/Bus gefahren sind.

Der Tarifschungel wird gelichtet

Der ÖPNV ist derzeit durch eine undurchsichtige Tariflandschaft und kleine bzw. kleinste Verkehrsverbünde geprägt. Für viele Menschen sind das zusätzliche Hürden, die die Nutzung des ÖPNV erschweren. Mit dem Deutschlandticket wird nun eine einfache deutschlandweite Nutzbarkeit geschaffen und der Tarifschungel damit deutlich gelichtet.

Um die Finanzierung des Deutschlandtickets zu gewährleisten, stellt der Bund den Ländern 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Die Bundesländer leisten ihren Beitrag in derselben Höhe.

Nahverkehr mit hoher Taktung

Über eine weitere finanzielle Unterstützung des ÖPNV werden Bund und Länder bis Ende 2024 verhandeln. Vor allem im Rahmen des im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausbau- und

Modernisierungspakts für den ÖPNV wird es in den kommenden Monaten darum gehen, wie das Angebot sowohl auf dem Land als auch in der Stadt nachhaltig ausgebaut und verbessert werden kann.

Die Ziele der SPD-Bundestagsfraktion in diesem Prozess sind ein besserer, gut finanzierter und für die lokalen Bedürfnisse optimierter Nahverkehr mit hoher Taktung und auskömmlicher Finanzierung.

Deutschlandticket kann auch als Jobticket bezogen werden

Besonders wichtig war der SPD-Bundestagsfraktion zudem, dass das Deutschlandticket künftig auch als Jobticket bezogen werden kann. Wenn der Arbeitgeber sich mit mindestens 25 Prozent beteiligt (12,25 Euro), gibt es zusätzlich 5 Prozent Rabatt, sodass das Ticket für Arbeitnehmer:innen für 34,30 Euro monatlich erhältlich ist. Mit dieser zusätzlichen Entlastung wird für viele Menschen die Fahrt mit dem ÖPNV konkurrenzlos günstig.

Vielfältige Mobilität für Lippe

SPD-Kreistagsfraktion setzt sich für Verkehrswende ein



Der Kreis setzt auf ein multimodales Verkehrskonzept, sodass die Lipperinnen und Lipper verschiedene Verkehrsmittel flexibel und aufeinander abgestimmt nutzen können. Dazu sind bereits einige Elemente geschaffen, wie neue Radwege, Mobilstationen oder neue

ÖPNV-Formate wie die „Limo“ in Blomberg, Schieder-Schwalenberg und Lügde. Um dem Ziel einer postfossilen Mobilität näherzukommen, soll eine Infrastrukturgesellschaft gegründet werden. Thomas Jahn, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Mobilität setzt

sich dafür ein: „Wir brauchen die Infrastrukturgesellschaft, damit uns die Verkehrswende gelingen kann. So können wir z.B. E-Fahrzeuge anschaffen.“ Das 49€-Ticket begrüßt Jahn und wünscht sich für die Zukunft weitere attraktive Angebote in Lippe: „Vorstellbar wären in Zukunft ähnliche Angebote für Nutzer zu schaffen, welche z.B. sich nur im Kreisgebiet oder nur innerhalb einer Kommune mit dem ÖPNV bewegen.“ Auch ungewöhnliche Lösungen können zu einer Mobilität der Zukunft beitragen. Auf Einladung von Prof. Dr.-Ing. Thomas Schulte und M.Sc. Martin Griese von der TH-OWL besuchte der SPD-Arbeitskreis für Mobilität das Monocab-OWL Entwicklungszentrum in Dörentrup. Als Ergänzung zum normalen Bahnverkehr nutzt das Monocab nur eine Schiene und fährt autonom. Im Projekt Monocab-

OWL wurde dieses Fahrzeug konzipiert und mit jeder Menge Innovation und Erfindergeist „Made in OWL“ entwickelt. Thomas Jahn findet: „Reaktivierungen von Bahnstrecken sind immer wieder der Wunsch aus der Bevölkerung. Häufig sind diese aufgrund einer zu geringen Auslastung der Transportmittel nicht wirtschaftlich genug. Das Monocab ist aus Sicht der SPD ein gutes Mittel die vorhandene Infrastruktur zu nutzen.“ Die SPD-Kreistagsfraktion sieht den guten Weg. Doch die chronische Unterfinanzierung bei steigenden Ausgaben stellt den ÖPNV in Lippe auf eine harte Probe. Fraktionsvorsitzende Ilka Kottmann fordert daher eine bessere Bezuschussung durch das Land.

Mit Erhard Mahne ist ein großer Lipper verstorben

Der parlamentarische Staatssekretär war der Vater des ÖPNV-Modellversuches Lippe

Anfang Mai ist der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär, Erhard Mahne im Alter von 91 Jahren verstorben. Er war in den 60er bis in die 80er Jahre hinein eine der bestimmenden Persönlichkeiten in der lippischen Politik.

Im Bad Salzufler Stadtrat, im Kreistag und später im Bundestag lagen ihm die lippischen Interessen immer am Herzen. Einige Straßenbauprojekte sind ebenso mit seinem Namen verbunden wie auch die Reaktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Ohne ihn hätte es in den neunziger Jahren die Sanierung der Schienenstrecken in Lippe nicht ge-

geben und der Schwung für den Busverkehr kam aus dem ÖPNV-Modellversuch Lippe, dessen Ideengeber ebenfalls Erhard Mahne war.

Auch nach seiner Zeit in Bonn widmete er sich einigen Aufgaben in Lippe. Deren Ergebnisse ziehen sich bis in die heutige Zeit. Bei der Gründung von Radio Lippe war er an vorderster Front dabei und war der erste Vorsitzende der Veranstaltergemeinschaft. Die Sicherung der Demokratie war ihm besonders wichtig und ihr widmete er sich in verschiedensten Funktionen und Aufgaben. Die lippische SPD wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Kontinuität und Wandel

SPD-Schlängen hat einen neuen Vorstand

Genau 26 Jahre, hat Heinz Kriete die Geschicke der Schlänger Sozialdemokratie gelenkt, dies stellt nur einen Teil seines langen Engagements für die SPD da. Dieses Ehrenamt hat er nun in der SPD-Jahreshauptversammlung zur Verfügung gestellt.

Die in geheimer Wahl einstimmig neu gewählte Vorsitzende Sandra Warachewicz betonte in ihrer Würdigung:

„Es ist kein Geheimnis, dass vor allem die Kommunalpolitik in den letzten Jahren eine herausfordernde Zeit durchge-

macht hat. Aber dank der entschlossenen Führung von Heinz Kriete haben wir diese Herausforderungen für Schlängen gut gemeistert und sind gestärkt aus ihnen hervorgegangen. Danke für deine unermüdete Arbeit und dein Engagement für unseren Ortsverein und für die SPD-Schlängen.“

Fraktionsvorsitzender Michael Zans resümierte, die Zusammenarbeit zwischen Ortsverein und Fraktion habe stets gut harmoniert.

Als stellvertretende Vorsitzende wurde Hannah Penke in ihrem Amt bestätigt.

Den neu gewählten Vorstand komplettieren:

Rita Böger (Kassiererin) und Marc Böger (Schriftführer). Als Beisitzer stehen bereit:

Michael Zans, Judith Böger, Franziska Mertens, Cornelia Zans, Anke Steinmeier.

Zum Schluss betonte Heinz Kriete, dass er weiterhin dem Ortsverein mit Rat und Tat beiseite stehen wird.



Nationalpark in der Region?

„Schlänger Gespräche“, Informationsveranstaltung der Schlänger SPD zum Thema Nationalpark Egge



Im jüngsten „Schlänger Gespräch“ hat der Vorsitzende des Fördervereins Nationalpark Senne-Eggegebirge, Hans Jürgen Wessels, die Überlegungen für einen Nationalpark vorgestellt.

Das Koalitionspapier der Schwarz-Grünen Regierung ist 148 Seiten stark. Zum Thema Nationalpark gibt es einen Satz: „Wir wollen einen zweiten Nationalpark ausweisen und werden dazu einen Beteiligungsprozess initiieren.“

Wessels stellte dann eine mögliche Kulisse eines Nationalparks Egge vor. Dieser könnte rund

12.400 Hektar umfassen. Ange-dacht ist bisher, ausschließlich Flächen zu nutzen, die dem Land NRW gehören. Damit würde der Nationalpark auf Lippspringer Gebiet kurz vor der Grenze von Schlängen enden. „Als Schlänger wären sie dann nicht Teil des Nationalparks, sie würden aber stets auf ihn schauen“ so Hans Jürgen Wessels.

Ein Argument, gegen die Errichtung eines Nationalparks, das weniger heimisches Holz zur Verfügung stände, dieses müsste dann importiert werden. Dies wäre sicherlich nicht nachhaltig.

NRW habe lediglich einen Hot Spot der biologischen Vielfalt, dieser sei hier. Darum wäre diese Region prädestiniert für einen NP, so Herr Wessels.

Die Argumente, pro und contra, wurden in einer sachlichen und fairen Art und Weise ausgetauscht. Klar, nicht alle Fragen konnten beantwortet werden.

Bisher gibt es keine Aussagen dazu, wie ein Beteiligungsverfahren seitens der Landesregierung aussehen wird. Fakt ist nur, die Entscheidung über die Einrichtung eines Nationalparks liegt bei der Landesregierung.

Gedanken zur Feuerwehr

Tempo 30 und die nicht bedachten Konsequenzen! Land streicht Fördermittel!

Aktuell laufen die Untersuchungen, ob eine zentrale Feuerwache in Schlängen den Erfordernissen des Brand-schutzbedarfsplans gerecht werden kann. Was hat das mit Tempo 30 zu tun? Ganz viel! Um die Einsatzzeiten zu berechnen, werden die Anfahrtszeiten der Feuerwehrleute natürlich genau ermittelt. Wie lange brauchen die Frauen und Männer bis zur Feuerwache. Logisch ist, je mehr Tempo 30 Zonen eingerichtet werden, umso länger dauert die Fahrt zur Feuerwache. Denn für die Fahrt zum Einsatz gilt die Straßenverkehrsordnung. Bedeutet: mit Tempo 50 sind die Einsatzkräfte schneller an der Feuerwache. In einer Minute wird eine ca. 66% längere Strecke zurückgelegt als mit Tempo 30. Je mehr Tempo 30 Zonen, um so länger dauert die Anfahrt zur Feuerwache.

Neue Vorschriften, so sinnvoll sie auch sind, bedeuten zusätzlich Ausgaben. So ist die Schwarz-Weiß-Trennung bindend. Was ist darunter zu verstehen?

Wesentlicher Aspekt des Schwarz-Weiß-Prinzips ist die strikte Trennung von schmutziger, schadstoffhaltiger Kleidung von dem sauberen Bereich. Hierzu benötigt es zweifach identische, aber getrennte, Umkleideräume.

Die Arbeitsstättenverordnung schreibt dies so vor. Das gilt dann für 3 Feuerwehrrhäuser in Schlängen. Die Kosten für die Haupt-Feuerwache in Schlängen belaufen sich auf rund eine Million. Für die Wachen in Kohlstädt und Oesterholz-Haustenbeck liegen noch keine Planungen vor. Laut der Vorschriften müssen alle 3 Feuerwehrrhäuser entsprechend ausgestattet werden. Da stellt sich die Frage nochmals, macht eine zentrale Feuerwache nicht Sinn?

Die Landesregierung hatte 2022 ein Förderprogramm für die Feuerwehren aufgelegt. Hieraus das folgende Zitat:

„Technische Veränderungen und Neuerungen erfordern gerade in Dörfern bis zu 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern oftmals strukturelle und

organisatorische Infrastrukturmaßnahmen im Bereich des Feuerschutzes, dies betrifft insbesondere den Neubau bzw. die Erhaltung von Feuerwehrrhäusern. Mit dem Landesprogramm hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ein weiteres starkes Signal gesetzt, denn: Ein starkes Nordrhein-Westfalen gibt es nur mit zukunftsfähigen Dörfern.“

Das Förderprogramm wurde für 2023 ersatzlos gestrichen, zukunftsfähige Dörfer sind der Schwarz/Grünen Landesregierung dann doch nicht so wichtig.

TRAURIG!

Ganz klar gesagt, dass was unsere Feuerwehkameradinnen- und Kameraden benötigen, das bekommen sie auch. Die Arbeitsstättenverordnung ist hier präzise. Da die Wachen diesen Erfordernissen nicht gerecht werden, haben sich die Feuerwehrleute hilfsweise praktikable Übergangslösungen zurechtgelegt. Gut, aber keine Dauerlösung. An einer sinnvollen Lösung wird gearbeitet.

Veto der Briten

Es bleibt dabei: das Veto der Briten gegen die Windräder an der Gauseköte ist absolut inakzeptabel.

Ob die geplanten WEA an der Gauseköte mit dem bestehenden deutschen Genehmigungsrecht erlaubt wären, ist nicht abschließend geklärt. Denn, der Kreis hat das dazugehörige Verfahren gestoppt. Wie kam es dazu? Beim Kreis Lippe lagen alle Unterlagen zur Bearbeitung vor. Dazu gehören auch die Stellungnahmen der „Träger öffentlicher Belange“, auch der Bundeswehr. Diese hat, in der Einspruchsfrist, keine Einwände vorgetragen. Doch dann – nach der gültigen Frist – schrieb die Strategic Command der Briten, dass es dort Flugbeschränkungsgebiete gäbe. Der Einsatz von Flugzeugen wäre eingeschränkt und von den „bri-

tischen Streitkräften nicht zu akzeptieren“. Entschuldigung! Wer hat dann hier in Schlängen was zu bestimmen? Die Briten? Ja, auf dem Truppenübungsplatz, es gibt völkerrechtliche Verträge. Und wenn sie meinen, sie müssen hier mit Flugzeugen üben, dann kann und darf das nur funktionieren, indem man sich als Gast sehr höflich und freundschaftlich um Optionen bemüht, die mit maximal wenigen Einschränkungen beim Gastgeber zu gestalten sind. Davon ist leider nichts, Garnichts zu bemerken.

Kommunale Wärmeplanung beantragt

Schlängen braucht aktuelle Energiebilanz und Planung für eine zukunftsfähige Wärmeversorgung

Bis 2045 soll die gesamte Wärmeezeugung in Deutschland klimaneutral sein. „Mit Hilfe der kommunalen Wärmeplanung starten Kommunen den Prozess zur Dekarbonisierung des Wärmesektors. Kommunen steuern damit maßgeblich die zukünftige Entwicklung der Energieinfrastruktur auf dem Gemeindegebiet, das betrifft die Wärmeversorgung für Bürgerinnen und Bürger wie auch für Unternehmen und eigene kommunale Liegenschaften. Aktuell wird in NRW an einem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung gearbeitet, welches eine Verpflichtung größerer Gemein-

den (vrs. ab 10.000 – 20.000 Einwohner) zur Bearbeitung der kommunalen Wärmeplanung enthalten wird und im Jahr 2023 veröffentlicht werden soll.“ (Ökozentrum NRW) Nicht nur die Gebäude der Gemeinde, wie z. B. Rathaus, Schulen usw., sondern die gesamte Gemeinde steht hierbei im Fokus. Ein Maßnahmenkatalog wird erarbeitet, dazu gehört ein Zeitplan, und die Finanzen müssen bereitgestellt werden. Eine große Herausforderung für uns Alle.

Renovierung der Friedhofskapelle

Die ersten Maßnahmen sind für dieses Jahr geplant

Als erste Maßnahme wurden im Frühjahr zuerst einmal die Hauptwege neu geteert, so dass man nun ohne Stolperfallen die Friedhofskapelle erreichen kann. Dann werden die Fenster der Friedhofskapelle erneuert. Die Fenster waren nicht mehr dicht. Die bisherigen „Wiener Sprossenfenster“ werden durch eine Kombination von Klarsicht- und satinierten Fenstern ausgetauscht. Im unteren Teil sind dann die Fenster zwar lichtdurchlässig, aber man wird nicht

in die Kapelle von außen reinschauen können. Die höheren Fenster sind dann in Klarglasoptik. In einem weiteren Schritt wird auch die gesamte Fassade aufgefrischt. Ebenso muss die Heizung ausgetauscht werden. Hierzu gibt es noch keine abschließende Entscheidung. Was genau gemacht wird, darüber wird im kommenden Jahr entschieden. Gelder sind hierzu für 2024 vorgesehen.

